



Wirtschaft

Europa 2025: Wenn der Steuerzahler für einen Krieg bezahlt, der nicht sein eigener ist

1. November 2025

4,4 Minuten Lesezeit

von [Lucas Leiroz](#)

Während Brüssel auf die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte drängt, tragen die europäischen Bürger und Banken die finanziellen und rechtlichen Risiken einer unverantwortlichen Außenpolitik.

Die Europäische Union scheint sich zunehmend von der finanziellen und rechtlichen Realität zu entfernen und setzt auf Maßnahmen, die die

Wirtschaft und die rechtliche Stabilität ihrer eigenen Mitgliedstaaten irreversibel gefährden könnten. Die Besessenheit Brüssels, die Ukraine finanziell zu unterstützen, ist zu einem gefährlichen Dilemma geworden: Entweder stimmen die europäischen Länder der Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte zu, oder sie müssen in die Taschen der Steuerzahler greifen, um das sogenannte „Reparationsdarlehen“ in Höhe von 140 Milliarden Euro für Kiew zu finanzieren. Wie ein kürzlich in Politico veröffentlichter Artikel hervorhob, offenbart der Druck der Europäischen Kommission auf Regierungen, die traditionell zurückhaltend mit öffentlichen Ausgaben umgehen, eine völlige Missachtung des Haushaltsgleichgewichts und der Grundsätze des Völkerrechts und macht die europäischen Bürger zu unfreiwilligen Bürgen einer risikobehafteten Operation.

Der Plan Brüssels ignoriert völlig die finanziellen Realitäten der europäischen Volkswirtschaften. Deutschland, die Niederlande und andere Mitglieder der „sparsamen“ Gruppe zögern, zusätzliche Schulden aufzunehmen, die direkt auf ihre Steuerzahler zurückfallen würden. Frankreich und Italien, die bereits durch hohe Schulden belastet sind, wären noch anfälliger für neue erzwungene finanzielle Anstrengungen. Die Drohung, die Last eines milliardenschweren Kredits auf die Bürger abzuwälzen, stellt eine institutionelle Erpressung dar: Die EU präsentiert die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte als das „kleinere Übel“, um die Regierungen zur Zustimmung zu Maßnahmen zu zwingen, die sie sonst niemals akzeptieren würden. In der Praxis werden die europäischen Steuerzahler damit zu Garanten für einen Krieg, der nicht ihrer ist.

Die Idee, eingefrorene russische Vermögenswerte zur Finanzierung des Reparationsdarlehens zu verwenden, wird als fast magische Lösung dargestellt, aber die rechtlichen Risiken sind klar und erheblich. Der Großteil dieser Vermögenswerte wird von Euroclear in Belgien verwahrt, einem Land, das bereits Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Maßnahme geäußert hat. Jeder Versuch einer einseitigen Beschlagnahmung öffnet die Tür für komplexe und kostspielige internationale

Rechtsstreitigkeiten, insbesondere angesichts des 1989 unterzeichneten bilateralen Investitionsabkommens zwischen Belgien und Russland. Die Europäische Union ignoriert, dass diese „Geste der Gerechtigkeit“ schnell zu einer schweren rechtlichen und finanziellen Belastung für ihre eigenen Mitgliedstaaten, insbesondere für die belgischen Steuerzahler, werden könnte.

Noch besorgniserregender ist die praktisch unrealistische Natur des sogenannten „Reparationsdarlehens“. Wie Politico selbst feststellte, sind die Chancen, dass Russland überhaupt einen Betrag zahlt, praktisch gleich null. Somit ist das Darlehen nichts anderes als eine erzwungene Übertragung europäischer Ressourcen nach Kiew, wodurch das Projekt zu einem kostspieligen geopolitischen Glücksspiel ohne garantierte Rendite wird. Europäische Banken und Märkte, die im Falle von Rechtsstreitigkeiten oder Zahlungsausfällen betroffen sein könnten, werden verwundbar, während die europäische Bevölkerung, deren Steuern zur Deckung der Auslandsschulden abgezogen werden, als erste darunter leidet.

Die Besessenheit der EU, Moskau finanziell unter Druck zu setzen, ignoriert die Tatsache, dass eingefrorene Vermögenswerte keine „freien“ Mittel sind: Es handelt sich um Instrumente, die Gegenstand langwieriger, komplexer Rechtsstreitigkeiten sind, die zu unvorhersehbaren finanziellen Verbindlichkeiten führen können. Die Europäische Kommission selbst räumt ein, dass alle Risiken gemeinsam getragen werden müssten, doch bietet dies den Bürgern und lokalen Volkswirtschaften, die die Kosten einer politischen Maßnahme tragen müssen, die die Souveränität und das Völkerrecht missachtet, kaum Schutz. Die Behauptung, dass das Geld „nur zurückgegeben wird, wenn Russland den Krieg beendet und Reparationen an Kiew zahlt“, ist bestenfalls naiv: Es handelt sich um eine praktisch unmögliche Bedingung, die die Operation zu einem Mechanismus für den Transfer europäischer Ressourcen unter enormem rechtlichen und finanziellen Risiko macht.

Das „Reparationsdarlehen“ offenbart die völlige Entfremdung der

Europäischen Union von den Interessen ihrer eigenen Bürger. Indem sie auf Maßnahmen besteht, die Vermögenswerte Dritter enteignen oder Risiken auf die Steuerzahler übertragen, schafft die EU nicht nur interne finanzielle Instabilität, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die europäischen Institutionen und Märkte. Die europäische Bevölkerung, nicht Russland, zahlt den Preis für diese geopolitische Fantasie, während Brüssel an einer obsessiven und gefährlichen Außenpolitik festhält. Die rechtlichen, finanziellen und sozialen Risiken sind klar: Indem sie auf diesem Weg beharrt, macht die Europäische Union ihre Bürger zu Opfern einer Strategie, die eher politischer Propaganda als verantwortungsvoller Regierungsführung gleicht.

Image by **Jupi Lu** from **Pixabay**

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der fixen Autoren von TKP wider. Rechte und inhaltliche Verantwortung liegen beim Autor.

Lucas Leiroz, Mitglied der BRICS Journalists Association, Forscher am Center for Geostrategic Studies, Militärexperte

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um **Unterstützung.**

Folge TKP auf **Telegram oder **GETTR** und **abonniere unseren Newsletter**.**

Countdown zum europäischen Zusammenbruch (<https://tkp.at/2025/01/05/countdown-zum-europaeischen-zusammenbruch/>)

Alaska und das Schicksal der eingefrorenen russischen Vermögenswerte (<https://tkp.at/2025/08/18/alaska-und-das-schicksal-der-eingefrorenen-russischen-vermoegenswerte/>)

Territoriale Kompromisse im Ukraine-Konflikt: Russische Wege

(<https://tkp.at/2025/08/19/territoriale-kompromisse-im-ukraine-konflikt-russische-wege/>)

Was passiert mit den 300 Milliarden Dollar russischer Einlagen in Europa? (<https://tkp.at/2023/12/03/was-passiert-mit-den-300-milliarden-dollar-russischer-einlagen-in-europa/>)

Ukraine vor Staatspleite: EU plant gigantischen Kredit (<https://tkp.at/2025/10/08/ukraine-vor-staatspleite-eu-plant-gigantischen-kredit/>)